Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrag-gebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 29. — 87. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Freitag, den 3. Februar 1928**

Briefe, die ihn erreichten.

Wenn zwei sich politische Briefe schreiben, freut sich der dritte. Briefe schreiben ist im politischen Leben noch schlimmer als Reden halten. Am schlimmsten wird das, wenn besagte Briefe zwei „Ehepartner" schreiben; denn als eine Ehe, freilich als eine Vernunftehe, betrachtet man ja die jetzige Regierungskoalition. Und in dieser Vernunftehe — auf Kündigung — haben sich Deutschnationale und Zentrum Briefe geschrieben. Ein schlechtes Zeichen!

Vorher hat man wenigstens bloß Reden gegeneinander gehalten und das gab ein Geplänkel, dem in der Hauptsache nur die Parlamentarier Aufmerksamkeit schenkten. Dann aber wurde es schon schlimmer: man tauschte Erklärungen aus. Teils wurden sie verstanden, teils mißverstanden — und dann behauptet die Gegenseite natürlich, das geschehe mit Absicht. Sagt es dazu noch schriftlich. Und die Opposition ist der lachende Dritte, weil er solche „Ehezerwürfnisse" natürlich sehr gern sieht. Die Deutschnationalen waren entrüstet über die Schärfe des Tones, den der zweite Zentrumsredner bei der Etatsdebatte, Ulitzka, gegen den deutschnationalen Redner von Freytagh-Loringhoven angeschlagen hatte, und es kam zu — mündlichen — Auseinandersetzungen in kleinem Kreise, zwischen den Parteivorsitzenden. Darüber veröffentlichten nun wieder die Deutschnationalen eine Erklärung, in der zu lesen war, ihnen sei von offizieller Zentrumsseite mitgeteilt worden, daß die Angriffe Ulitzkas den Absichten seiner Partei nicht entsprochen hätten. Da protestiert der Zentrumsvorsitzende von Guérard; auch schriftlich. In dieser Form habe er das nicht gesagt. Verlangt Widerruf. Da kommt von der anderen Seite wieder eine Erklärung, die jenen ersten Wortlaut abmildert. Schriftlich natürlich. Alles offiziell. Und als Schlußpunkt eine Zeitungsnotiz, das Zentrum billige durchaus die Rede Ulitzkas, betrachte aber die ganze Sache durch die Ausführungen des zweiten deutschnationalen Sprechers als erledigt. Na, also! Ebenso hat ja auch Dr. Stresemann in seiner Rede über den diesen Auseinandersetzungen zugrunde liegenden Konflikt eine reichliche Menge Beruhigungsöl gegossen. Zwar kann man von den „Ehepartnern" noch nicht sagen: „In den Armen liegen sich beide und weinen vor Schmerz und vor Freude" — aber im Reichstag kann man ein bekanntes Sprichwort dahin variieren: Kleine Zänkereien erhalten die Freundschaft.

Das Zentrum will sich aber noch nach einer anderen Seite hin als Briefschreiber betätigen. Wegen des Schulgesetzentwurfes. Die Deutsche Volkspartei soll einen Brief bekommen, zwischen dessen Zeilen sozusagen der Dolch des Ultimatums zu lesen ist, um mit Karl Wippchen zu sprechen. Die Simultanschule ist hier der Stein des Anstoßes. Schon sind die Propheten aufgestanden und erklären besagten Stein als die Klippe, an der die ganze Koalition zerschellen werde. So weit ist's aber nicht; vorläufig haben erst Verhandlungen begonnen. Allerdings aber mündliche. Natürlich sind Zentrum wie Volkspartei in düsterer Entschlossenheit zu diesen Besprechungen herangerückt, aber bisher — sind wenigstens keine Briefe geschrieben worden. Da braucht man also die Folgerung noch nicht aufzugeben, daß es den vielfach bewährten parlamentarischen Politikern schon gelingen wird, ein Kompromiß zustande zu bringen. Oft wurde das unmöglich Erscheinende doch noch Ereignis. Allerdings nur dann, wenn man sich — keine Briefe schrieb.

Das gefährdete Schulgesetz.

Neue Verständigungsversuche.

Der erkrankte Reichskanzler Dr. **Marx** hat in seiner Wohnung mit dem Reichsaußenminister Dr. **Stresemann** über den Entwurf des Reichsschulgesetzes verhandelt, ebenso haben Besprechungen mit den Führern der Zentrumsfraktion des Reichstages stattgefunden. Da Dr. Marx gleichzeitig Vorsitzender der Zentrumspartei wie Dr. Stresemann derjenige der Deutschen Volkspartei ist, kann man diese Vorgänge als erneute Versuche zur Einigung zwischen den beiden in der Frage sich scharf gegenüberstehenden **Regierungsparteien** betrachten.

Strittig sind dabei vor allen Dingen die §§ 9, 14 und 20, die von dem geordneten Schulbetrieb, der Bestimmung der im Religionsunterricht benutzten Lehrbücher und den Simultanschulländern handeln. Im Mittelpunkt steht die im § 20 enthaltene Simultanschulangelegenheit. Bemerkenswert ist in dem Zusammenhange eine Äußerung des Zentralorgans der Zentrumspartei, der Germania. Sie schreibt:

Sollte die Deutsche Volkspartei auf ihrem im Ausschuß angenommenen Antrag bestehen und den Forderungen des Zentrums nicht gerecht werden, so hat die Zentrumsfraktion an weiteren Verhandlungen kein Interesse mehr. Es wird also dann zu einer zweiten Lesung der Vorlage im Ausschuß überhaupt nicht mehr kommen.

Die Antwort Briands an Dr. Stresemann

Paris, 2. Februar. Der Senat hat heute nachmittag die Debatte über die Außenpolitik fortgesetzt. Nach einigen Interpellanten hielt Außenminister Briand die mit Spannung erwartete Rede, in der er auf die Rede Stresemanns antwortete. Briand begann mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, jedes zwischen Deutschland und Frankreich noch bestehende Mißverständnis auszumerzen. In dem Abkommen von Locarno muß man den Geist und den Buchstaben berücksichtigen. Außenminister Stresemann zieht es vor, auf der Seite des Geistes zu bleiben und nicht auf der Seite der Realitäten des Paktes. Stresemann ist ein positiver Geist, aber er neigt zu der Tendenz, im Garten der Oelbäume von Locarno spazieren zu gehen, in dem er die Hand ausstreckt zum Nehmen, aber nicht, um zu geben. Was Stresemann von der Heuchelei gesagt habe hinsichtlich der Sicherheitsfrage, bedaure er. Aber Stresemann habe den alten kriegerischen Geist, der vielleicht noch nicht ganz tot sei, stets bekämpft. Aber ich, so fuhr Briand fort, muß mich an Stresemann wenden und ihm sagen: Sie behaupten, daß die Haltung Frankreichs eine Erniedrigung für Deutschland ist. Ich habe sicherlich Vertrauen zu Ihnen, **aber morgen kann vielleicht die Partei des Abgeordneten v. Freytagh zur Macht kommen, was wird dann geschehen? Es steht fest, daß sich in der Partei des Abgeordneten v. Freytagh eine Wandlung in der Beurteilung der Locarnopolitik vollzogen hat, aber es bleiben doch immer gewisse Dinge, die unsere Sorge um eine Sicherheitsgarantie rechtfertigen. Die Besetzung hat ihren Charakter vollkommen geändert. Ohne Zweifel bleibt sie noch für die Deutschen eine unangenehme Sache. Wenn Stresemann sagt: Wir haben nichts gewonnen und man ist enttäuscht worden, so ist das unrichtig. Deutschland ist von allen internationalen Regelungen ausgeschlossen gewesen. Es arbeitet jetzt mit den Mächten und es hat nicht das Recht, die Lage zu verkennen, die es jetzt einnimmt. Deutschland erklärt, daß Frankreich jetzt alle notwendigen Garantien für seine Sicherheit besitze. Im Rheinland steht Frankreich nicht allein. Am Rhein stehen die Alliierten und Frankreich kann nicht über die Aufrechterhaltung oder Beseitigung der Besetzung entscheiden. Man darf also nicht bei dieser Frage von Heuchelei sprechen. Stresemann habe in Thoiry hinsichtlich der Frage der vorzeitigen Leistung der Reparationszahlungen erwidert, er werde sie mit den Finanzsachverständigen prüfen und Vorschläge unterbreiten. Diese Vorschläge habe Briand aber niemals erhalten. (?) Auch heute weigert sich Frankreich nicht, das Räumungsproblem aufs neue zu prüfen, aber wohlverstanden nur im Einverständnis mit seinen Alliierten. Was die Entmilitarisierung einer 50-Kilometerzone anbelangt, so handelt es sich nicht um die Kontrolle von Hunderten von Kontrollbeamten. Diese Zone ist aber nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern auch Frankreichs errichtet worden. Der vorgesehene Garantiemechanismus muß eben spielen, und zwar in dem vom Völkerbund vorgesehenen Rahmen. In diesem Geiste will ich mit den Vertretern Deutschlands verhandeln. Im Hinweis auf die bereits durch Frankreich selbst vollzogene Verminderung der Rüstungen, fuhr Briand fort, daß hinsichtlich des Zustandes in der Reparationsfrage das Jahr 1928 nicht zu Ende gehen wird, ohne daß diese ernste Frage in ihrer Gesamtheit geregelt wird, und zwar so, daß hierdurch die Hoffnung auf den allgemeinen Frieden konsolidiert wird.**

*

Vertrauensvotum des Senats.

Paris, 2. Februar. Der Senat hat im Anschluß an die Rede Briands mit allen gegen eine Stimme die Tagesordnung Marraud angenommen, in der es heißt: Der Senat spricht der Regierung das Vertrauen aus, daß sie immer mehr die Friedensgarantien verstärkt, die Achtung vor den Verträgen aufrechterhält und die nationale Sicherheit gewährleistet, und billigt die Erklärungen des Ministers des Aeußeren.

*

Das Schicksal der besetzten Gebiete.

Räumungsforderung im Reichstage.

(374. Sitzung.) CB. Berlin, 2. Februar.

Der so überaus wichtige Etat des Auswärtigen Amtes nahm in den letzten Tagen die Aufmerksamkeit des Reichstages in vollem Maße in Anspruch. Heute steht der nicht minder interessierende Haushalt des Ministeriums der

besetzten Gebiete,

der sich eng mit der gesamten Außenpolitik berührt, auf der Tagesordnung. Zunächst lehnt der Reichstag die Einsprüche der kommunistischen Abgg. **Florin** und **Bertz** gegen ihren Ausschluß von der Sitzung bei der letzten Justizaussprache gegen die Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten ab. Der Gesetzentwurf über die Unterstützung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag wurde in dritter Lesung angenommen und verabschiedet.

Nun beginnt die Beratung des Haushalts des Ministeriums für die besetzten Gebiete. Abg. Witte (Soz.) erhob Einspruch gegen die immer noch fortdauernde

Besetzung des Rheinlandes,

die mit friedlicher Verständigung nicht im Einklang stände. Das Ministerium müsse auf möglichst schnelle Befreiung der Bevölkerung von den Leiden der Besetzung hinarbeiten. Die Verurteilungen wegen Übertretens der Ordonnanzen seien entwürdigend. Der Redner wies darauf hin, daß die Arbeitslosenzahl im besetzten Gebiete um 30—50 Prozent höher sei als im übrigen Deutschland. Die Tuberkulosenziffer sei im Westerwald doppelt so hoch wie in Berlin. Die Bevölkerung des besetzten Gebietes unterstütze die Erfüllungspolitik der Regierung.

In Vertretung des Reichskanzlers

teilt Staatssekretär **Schmidt** mit, daß der Reichskanzler, der zugleich Minister der besetzten Gebiete ist, infolge Krankheit verhindert sei, den Etat selbst vor dem Reichstag zu vertreten. Die Regierung bemühe sich, den schweren wirtschaftlichen Druck, der auf der Bevölkerung des besetzten Gebietes laste, zu mildern. Wünschenswert sei es, wenn auch die Länder diesen Gebieten öffentliche Aufträge in großem Maße zuweisen würden. Die

Besatzungsverminderung

hätte zur Freigabe von 436 Wohnungen geführt, denen aber immer noch 8600 beschlagnahmte Wohnungen gegenüberständen. Die französische Militärjustiz zwinge noch immer jährlich rund 1500 deutsche Bürger vor ihre Schranken, meist wegen Bagatellsachen. Über 200 Ausschreitungen fremder Soldaten seien auch 1927 wieder zu verzeichnen gewesen. Der Staatssekretär ging dann auf den Kulturfonds ein, der verstärkt werden sollte, um den Fortbestand der Theater und Orchester zu sichern. Die Fahrtentschädigung für die Saargänger solle weitergewährt werden. Dafür seien weitere anderthalb Millionen in den Etat eingesetzt. Bis Ende dieses Monats würde das Reich auch die Mittel für den Grenzfonds an die Länder verteilen, damit die Bevölkerung des besetzten Gebietes möglichst bald in den Besitz dieser Mittel kommen könne. Die

Entschädigungsregelung

müsse nun endlich abgeschlossen werden. Für die Aufrechterhaltung mittlerer und kleinerer Existenzen im besetzten Gebiet seien im ganzen 160 Millionen aufgewandt worden. Der Staatssekretär sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß der verständigungswidrige Zustand der Besetzung und damit auch die Tätigkeit der Reichsverwaltung für die besetzten Gebiete möglichst bald ihr Ende finden möchten.

Abg. Dr. **Dryander** (Dtn.) erklärte, der Limbourg-Prozeß hätte befreiend gewirkt. Die Separatistenputsche seien von Frankreich geleitet und bezahlt gewesen. Der Redner lehnte Bestrebungen auf Zerschlagung Preußens und rheinische Autonomie aufs schärfste ab. Dreieinhalb Millionen Deutsche ständen nun seit acht Jahren unter Kriegsrecht ohne Rechtsgarantien. Niemand wisse, ob die zugesagte französische Truppenverminderung vollständig erfolgt sei. Das Mainzer Kriegsgericht hätte vor wenigen Tagen zwei Mainzer Kaufleute wegen Spionage zugunsten einer fremden Macht, nämlich Deutschlands, zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Dabei sei Deutschland von Mainz ausgehend mit einem Spionagenetz überspannt. Die Eupen-Malmedy-Frage müsse in friedlichem Benehmen mit Belgien einmal ihre Lösung finden.

Abg. **Hofmann-Ludwigshafen** (Ztr.) begründete eine Zentrumsentschließung, die die Reichsregierung ersucht, mit der Reichsbahnverwaltung darüber zu verhandeln, ob sich statt der bisherigen

Saarkohlenabnahme

von 90 000 Tonnen monatlich eine Erhöhung auf 225 000 Tonnen ermöglichen lasse, damit die von der Saargrubenverwaltung angekündigten Entlassungen und Feierschichten vermieden würden. In einer weiteren Entschließung wird die Reichsregierung ersucht, für die Saargänger im Falle ihrer Erwerbslosigkeit eine den Lebensnotwendigkeiten Rechnung tragende Erwerbslosenunterstützung zu gewähren. Die Verhältnisse im besetzten Gebiet seien eines freien Volkes unwürdig.

Abg. Dr. **Kalle** (D. Vp.) erklärte, die französische Regierung zeige in ihrem Besetzungssystem einen unglaublichen Mangel an psychologischem Verständnis. Während Deutschland immer wieder, zuletzt durch den Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrages, die Hand zur Versöhnung gereicht hätte, würde durch den Besetzungsdruck von Frankreich immer n·· Verbitterung geschaffen. Es bestände der dringende Verdacht, daß die französische Besatzungsbehörde auch die

Handelsspionage

betreibe oder fördere. Der Redner forderte, daß bei Vergebung von staatlichen Aufträgen das besetzte Gebiet besonders berücksichtigt werde. Auch Verkehrsverbesserungen seien notwendig. Das Rheinland müsse heute noch als Notstandsgebiet betrachtet werden.

Abg. Dr. **Schücking** (Dem.) wies darauf hin, daß der Versailler Vertrag nicht nur von Ungerechtigkeiten strotze, sondern auch in seinen technischen Bestimmungen durchaus schlecht sei. Die aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges übernommene Besetzungsmethode sei eine seiner übelsten Bestandteile. Die Fortdauer der Besetzung widerspräche den Bestimmungen des Völkerbundes, daß die Beziehungen der Länder untereinander nach den Grundsätzen der Ehre und der Rechtlichkeit geregelt werden sollen. Die Bevölkerung des besetzten Gebietes sei sich mit dem Außenminister darin einig, daß eine vorzeitige Aufhebung der Besetzung nicht erkauft werden dürfe durch eine dauernde deutsche Verpflichtung über den Versailler Vertrag hinaus. Die Verknüpfung der Sicherheitsfrage mit der Besetzungsfrage müsse Deutschland ablehnen. Es liege an Frankreich, den Verständigungsbestrebungen zu einem Erfolg zu verhelfen.

Abg. **Weber** (Komm.) kritisierte die Höhe der Verwaltungskosten des Etats, die 66 Prozent betragen, während nur 34 Prozent zur Hilfe für die besetzten Gebiete in Frage kommen.

Abg. Dr. **Jörissen** (Wirtsch. Vgg.) verlangte steuerliche Erleichterungen für die notleidenden Mittelstandsexistenzen im besetzten Gebiet. Mit der rücksichtslosen Eintreibung der einzelnen Steuerrückstände müsse Schluß gemacht werden. Die Verteilung des 800 000-Mark-Fonds sollte nicht allein den Gewerkschaften überlassen werden.

Abg. Dr. **Bayersdörfer** (Bayer. Vp.) schilderte die Schäden, die durch die Besatzung besonders in der bayerischen

SLUB Wir führen Wissen.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF